

Resolution 1

Politische Forderungen des Netzwerk der Migrantenselbstorganisationen aus MV

- 1. Die Verbesserung der Möglichkeiten der politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten**
 - Die Regierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für die Einführung des Kommunalwahlrechtes für Nicht-EU-Ausländer ein, die mindestens 4 Jahre in Deutschland leben.
 - Die Landesregierung unterstützt die Kampagne der Migranten und anderen Organisationen zur "Einführung des Kommunalwahlrechtes für alle Migrantinnen und Migranten"
 - Die Landesregierung und die Kommunen unterstützen, wo es möglich ist, die Gründung von Ausländerbeiräten als legitimierte Vertretung der Interessen der Migrantinnen und Migranten auf Kommunalebene
- 2. Umsetzung des Integrationskonzeptes der Landesregierung in allen Feldern der Integrationsförderung**
 - Beteiligung von Vertretern der Migranten in den verschiedenen Integrationsausschüssen und Kommissionen
- 3. Bekämpfung des Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Rassismus**
 - Die Regierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für das Verbot der NPD ein.
 - Alle demokratischen Kräfte auf allen Ebenen setzen sich für die Verhinderung des Einstiegs der NPD in alle Parlamente in allen Wahlen ein.
- 4. Die Verbesserung der Lebenssituation und rechtlichen Situation von Flüchtlingen in unserem Bundesland**
 - Die Regierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für die Teilnahme an den Integrationskursen von Migranten ein, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.
 - Die Landesregierung MV setzt sich ein für die Anpassung der Sozialleistungen für Asylbewerber und Geduldete an das Niveau von ALG II.
 - Die Landesregierung MV setzt sich ein für die dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern und Geduldeten.
 - Die Landesregierung MV schafft die Residenzpflicht ab.
- 5. Abbau von Diskriminierung**
 - Die Regierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für die Abschaffung aller rechtlichen Ungleichbehandlungen nach Herkunft, Hautfarbe und Religion von Migrantinnen und Migranten ein.
 - Das Land MV stellt Mittel für eine Antidiskriminierungsstelle bereit, um der Umsetzung des allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes Nachdruck zu verleihen. Die Stelle wird regierungsunabhängig angesiedelt.
- 6. Stärkung und Unterstützung der Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten durch entsprechende Landesförderungen**
 - Finanzielle Unterstützung des „Netzwerk der Migrantenselbstorganisationen aus MV“ als dauerhafte Einrichtung.
 - Das Land MV verankert die Integration von Migrantinnen und Migranten als Pflichtaufgabe in der Landesverfassung.